

Programm der BÜRGER IN WUT für Bremerhaven

1. Bremerhaven zuerst!

Die Wiege der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT steht in Bremerhaven. Schon aus diesem Grund liegt uns die Zukunft der Seestadt besonders am Herzen. Wir wollen die Rechte Bremerhavens, die als „freieste Gemeinde Deutschlands“ gilt, verteidigen und ihre Eigenständigkeit bewahren.

- ➔ Das Land Bremen bestehend aus den Städten Bremen und Bremerhaven ist ein künstliches Gebilde, das von den Alliierten nach dem 2. Weltkrieg geschaffen wurde. Schon wegen der räumlichen Entfernung, die beide Kommunen trennt, bilden Bremen und Bremerhaven keine Einheit. Viele Bremerhavener fühlen sich stärker mit Niedersachsen als mit Bremen verbunden. Wir BÜRGER IN WUT fordern deshalb einen Volksentscheid über einen Anschluss Bremerhavens an Niedersachsen! Die Zugehörigkeit zu Niedersachsen eröffnete der Seestadt neue Zukunftsperspektiven, vor allem in der Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrspolitik.
- ➔ Übertragung der Eigentumsrechte an den Überseehäfen von der Stadt Bremen an Bremerhaven. Teilung der Einnahmen aus der Hafenbewirtschaftung zwischen Bremen und Bremerhaven, um die finanzielle Autonomie der Seestadt zu stärken.
- ➔ Bürger-Pass für alle Einwohner Bremerhavens: Der Bürger-Pass soll ihre Inhaber zur preisvergünstigten Nutzung öffentlicher Einrichtungen in der Seestadt berechtigen. Personen ohne Wohnsitz in Bremerhaven haben demgegenüber höhere Entgelte zu entrichten.
- ➔ Für ein sauberes Bremerhaven: Der Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen ist durch verstärkte Kontrollmaßnahmen und höhere Bußgelder Einhalt zu gebieten. Rasches und konsequentes Vorgehen des Ordnungsamtes gegen Graffiti-Schmierereien an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, die nicht geduldet werden dürfen!

2. Mehr Demokratie und Bürgerrechte

In keinem anderen Bundesland Deutschlands ist die politische Korruption - Parteibuchwirtschaft, Seilschaften und Postengeschacher - so ausgeprägt wie in Bremen. Diese Feststellung gilt für die Stadt Bremerhaven in besonderer Weise.

Wir BIW wenden uns gegen diese Missstände! Wir wollen den Einfluss der Parteien zurückdrängen und die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Wahlberechtigten erweitern. Unser Ziel ist eine aktive Basisdemokratie in Bremerhaven, die den mündigen Bürger in den Mittelpunkt stellt und ihn so weit als möglich in die Gestaltung der Politik einbindet - durch Transparenz und Mitentscheidung.

Konkret fordern wir:

- Direktwahl des Oberbürgermeisters von Bremerhaven durch die Bürger.
- Schluss mit der Ämterhäufung: Die Zahl der Aufsichtsratsmandate von Politikern in öffentlichen und privaten Unternehmen ist zu begrenzen.
- Verbot von Spenden öffentlicher Unternehmen an Parteien und Wählervereinigungen.
- Gegen Postenvergabe nach Parteibuch: Qualifikation und Kompetenz der Bewerber müssen alleinige Kriterien für die Besetzung von Führungspositionen in der Stadtverwaltung sowie in öffentlichen Unternehmen sein, die sich mehrheitlich im Besitz Bremerhavens befinden.
- Die Hürden für die Durchführung von Bürgerbegehren in Bremerhaven sind zu senken. Das Erfordernis, seitens der Initiatoren einen Kostendeckungsvorschlag für die im Bürgerbegehren verlangte Maßnahme zu unterbreiten, ist abzuschaffen. Statt dessen hat die Stadtverwaltung eine Kostenschätzung vorzunehmen und öffentlich zu machen.
- Stärkung der Bürgerbeteiligung im parlamentarischen Entscheidungsprozess. Einwohnerfragestunde zu Beginn einer jeden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, um Interessierten die Möglichkeit zu geben, ihre Fragen schriftlich an den Magistrat oder die Stadtverwaltung zu richten.
- Die Stadtverordnetenversammlung hat grundsätzlich öffentlich zu tagen. Geheime Sitzungen aus Gründen der Vertraulichkeit müssen die Ausnahme bleiben.

3. Wirtschaft und Beschäftigung

Die derzeit positive Entwicklung der bremischen Wirtschaft darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl Bremen als auch Bremerhaven im Vergleich zu anderen Großstädten eine deutlich geringere Wertschöpfung je Einwohner erzielen. Die relative Wirtschaftsschwäche spiegelt sich auch in der überdurchschnittlich hohen Erwerbslosigkeit wider. In den alten Bundesländern belegt Bremerhaven einen traurigen Spitzenplatz sowohl bei der Zahl von Langzeitarbeitslosen und Sozialtransferbeziehern als auch der Kinderarmut.

Um die Lage zu verbessern, wollen BIW eine aktive Standortpolitik betreiben mit dem Ziel, private Investoren für Bremerhaven zu gewinnen und neue Unternehmen anzusiedeln, die sowohl Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen als auch die Einnahmen der öffentlichen Hand erhöhen.

Für eine starke Wirtschaft und mehr Beschäftigung in der Seestadt fordern wir:

- Verbesserung der Standortbedingungen für Unternehmen:
 - Der im bundesweiten Vergleich hohe Gewerbesteuerhebesatz ist auf ein wettbewerbsfähiges Niveau abzusenken.
 - Abbau von Bürokratie und Verkürzung der Genehmigungsverfahren.
 - Gezielte Förderung von Existenzgründungen vor allem in zukunftsorientierten, subventionsunabhängigen Wachstumsbranchen.

- ➔ Der Überseehafen ist zu stärken, damit Bremerhaven mehr als bislang vom expandierenden Welthandel profitieren kann. Rascher Ausbau der Infrastruktur, um den Transport der im Hafen ankommenden Güter ins Hinterland zu beschleunigen.
- ➔ Professionelles Standortmarketing mit dem Ziel, neue Gewerbetriebe für die Ansiedlung in Bremerhaven zu gewinnen. Der Fokus ist auf Firmen aus dem niedersächsischen Umland sowie auf Unternehmen zu legen, die ihre Waren auf dem Seeweg in andere Länder exportieren und deshalb in besonderer Weise von der Nähe zu den Überseehäfen profitieren würden.
- ➔ Förderung von Wissenschaft und Forschung. Bremerhaven und Bremen müssen bundesweit zu führenden Standorten für innovative, zukunftsfähige Unternehmen werden.
- ➔ Abschaffung der Arbeitnehmerkammer Bremen, der heute alle abhängig Beschäftigten im Land mit Beitragspflicht angehören müssen. Die Arbeitnehmerkammer stellt eine überflüssige Konkurrenz zu den Gewerkschaften dar.
- ➔ Mehr Liegeplätze für die Binnenschifffahrt in Bremerhaven, um den wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Transport von Gütern auf dem Wasser insbesondere auf den Strecken nach Bremen und Hamburg zu fördern, was den Straßen- und Schienenverkehr entlastet.
- ➔ Nein zum geplanten Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB). Das Bauvorhaben droht wegen der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Konkurrenz durch andere Standorte in Niedersachsen, Schrumpfung der Windkraftindustrie in Bremerhaven) zu einem weiteren Millionengrab für den Bremischen Haushalt zu werden und ist auch wegen der damit verbundenen ökologischen Zerstörungen nicht zu verantworten. Aus denselben Gründen abzulehnen ist ein Schwerlasthafen an gleicher Stelle als Alternativprojekt, der zudem ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich machte und deshalb - wenn überhaupt - erst in fernerer Zukunft zur Verfügung stehen würde, ohne dass ein konkreter Bedarf absehbar wäre.
- ➔ Der Tourismus ist ein wichtiges Standbein für die Wirtschaft Bremerhavens, dem die Politik besondere Aufmerksamkeit zu widmen hat. Der steuerfinanzierte Investitions- und Betriebsaufwand für touristische Projekte muss stets in einem vernünftigen Verhältnis zum ökonomischen Nutzen stehen, der aus den finanziellen Rückflüssen in die öffentlichen Kassen resultiert. Außerdem fordern wir:
 - Alle verkehrspolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Tourismus sind zentral zu koordinieren, um den Herausforderungen für die städtische Infrastruktur gerecht zu werden, die aus der stetig wachsenden Zahl von Feriengästen und Kurzurlaubern resultieren. Notwendig ist eine enge Abstimmung zwischen Stadtverwaltung, Stäpark, Bremerhaven Bus und Erlebnis Bremerhaven GmbH. Neben einer besseren Organisation der An- und Abreise insbesondere von motorisierten Besuchern muss die Anbindung der einzelnen touristischen Attraktionen an den ÖPNV und die Taktung der relevanten Buslinien verbessert werden.
 - Abschaffung der „Citytax“ auf Übernachtungen in privaten Beherbergungsbetrieben wie Hotels, Gasthäuser und Pensionen. Diese Abgabe

erhöht die Logispreise für Besucher Bremerhavens und ist deshalb kontraproduktiv für den Tourismus.

- Vermehrte Kontrollen des Ordnungsamtes, um die illegale Vermietung privater Wohnungen an Feriengäste im Interesse des örtlichen Hotelgewerbes zu unterbinden.
- Die Politik muss sich bei der Deutschen Bahn mit Nachdruck für einen Anschluss Bremerhavens an das ICE-Netz einsetzen, um die Erreichbarkeit der Seestadt für Besucher zu verbessern.

4. Finanzpolitik

Mit der vollständigen Entschuldung Bremerhavens durch das Land Bremen eröffnen sich für die Seestadt ab 2020 neue haushaltspolitische Handlungsspielräume, die es intelligent für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Kommune zu nutzen gilt. Gleichzeitig darf Bremerhaven wegen der Schuldenbremse in Zukunft praktisch keine neuen Kredite mehr aufnehmen, um seine Ausgaben zu finanzieren, muss also ausgeglichene Haushalte vorlegen. Diese grundgesetzliche Vorgabe ist unbedingt einzuhalten. Die hemmungslose Schuldenmacherei zu Lasten künftiger Generationen, die Bremerhavens Finanzpolitik über Jahrzehnte geprägt hat, muss endgültig der Vergangenheit angehören!

Damit Bremerhaven unter diesen Vorzeichen auch in Zukunft die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, um seine öffentlichen Aufgaben erfüllen zu können, muss es - neben einem möglichst effizienten Einsatz der Gelder - vor allem darum gehen, die öffentlichen Einnahmen der Seestadt durch eine aktive Standortpolitik zu erhöhen. Diese Politik soll erstens darauf abzielen, mehr Gewerbebetriebe in der Seestadt anzusiedeln. Zweitens muss die Einwohnerzahl gesteigert werden, um die Kaufkraft zu stärken und so den Konsum zur Förderung von Handel und Gastronomie anzukurbeln.

→ Sparsamer Einsatz öffentlicher Mittel:

- Verzicht auf teure Prestigebauten, die hohe Erstleistungs- bzw. Folgekosten aufwerfen, aber auch längerfristig keinen angemessenen Rückfluss an Einnahmen für die Stadtkasse erwarten lassen. Investitionen müssen vorrangig dem Erhalt der vorhandenen Bausubstanz dienen.
- Verkleinerung des Magistrats durch die Zusammenlegung von Dezernaten (z.B. Umwelt- und Gartenbauamt).
- Verwaltungsmodernisierung. Forcierte Digitalisierung und Optimierung der Arbeitsabläufe, um die interne Effizienz zu steigern, die Mitarbeiter zu entlasten und Kosten zu reduzieren.
- Schaffung materieller Anreize für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, um den sparsamen Umgang mit Steuergeldern zu fördern.
- Überprüfung aller Beteiligungen und Unterbeteiligungen der Stadt Bremerhaven und Verkauf von unwirtschaftlichen Unternehmen, sofern nicht unmittelbar die Daseinsvorsorge betroffen ist.
- Steigerung der Effizienz des öffentlichen Beschaffungswesens, insbesondere durch die Bündelung von Einkäufen auch über Behördengrenzen hinweg. Die

Kooperation mit angrenzenden Gemeinden im Land Niedersachsen bei der Beschaffung zwecks Kostenersparnis ist zu prüfen.

- Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung. Die Zahl der Mitglieder ist von heute 48 auf 35 zu reduzieren.
- Außerplanmäßige Steuermehreinnahmen, die z.B. aufgrund einer positiven Konjunktorentwicklung anfallen, sind in eine Haushaltsrücklage einzustellen, um ein Polster für unerwartete Ausgaben etwa in Notsituationen zu schaffen.
- „Aktionsplan Einwohnergewinnung“, mit dem Ziel, die Bevölkerungszahl in Bremerhaven zugunsten von mehr Kaufkraft und höheren Steuereinnahmen zu steigern. Im Fokus müssen die knapp 20.000 Pendler stehen, die in Bremerhaven arbeiten, ihren Wohnsitz aber in Niedersachsen oder Bremen haben. Es sind preiswerte Bauflächen für Rückwanderer aus dem Umland und hier vor allem für Familien mit Kindern bereitzustellen. Um die wachsende Zahl älterer Menschen in den ländlichen Regionen Niedersachsens zu motivieren, ihren Wohnsitz in die Seestadt zu verlagern, ist eine seniorengerechte Infrastruktur zu schaffen bzw. auszubauen.
- Große Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand sind dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht folgend realistisch zu planen. In diese Planung ist das Rechnungsprüfungsamt einzubeziehen. Ziele müssen sein, die notwendigen Steuermittel möglichst effizient einzusetzen und unerwartete Kostensteigerungen in der Entstehungsphase zu vermeiden. Das gilt vor allem für Bauvorhaben.
- Übernahme der Solidarumlage für den Aufbau Ost durch das Land Bremen, um die kommunale Investitionskraft Bremerhavens zu stärken.
- Das Bundesland Bremen soll sich im Bundesrat für eine Reform der föderalen Steuerverteilung in Deutschland im Interesse der Stadtstaaten einsetzen. Das Lohn- und Einkommenssteueraufkommen von Pendlern, bei denen Wohn- und Arbeitsort in unterschiedlichen Bundesländern liegen, ist im Verhältnis 50:50 aufzuteilen. Außerdem wollen wir, dass die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil der Kommunen an der Lohn-, Einkommens- und Umsatzsteuer ersetzt wird, um die Einnahmen der Städte konjunkturabhängiger zu machen und damit zu verstetigen. Von einer solchen Reform würde Bremerhaven wegen des niedersächsischen Umlandes besonders profitieren.
- Stärkung der Rechte des Rechnungsprüfungsamtes Bremerhaven (RPA), um der Verschwendung öffentlicher Mittel in der Seestadt entgegenzuwirken. Insbesondere ist dem RPA der volle Zugriff auf alle angeforderten Unterlagen zu gewähren. Die Unabhängigkeit der bei dieser Behörde tätigen Mitarbeiter ist unbedingt zu gewährleisten.
- Konsequentes Vorgehen gegen Steuer- und Sozialleistungsbetrug im Land Bremen. Bei Betriebsprüfungen ist der Fokus auf die ordnungsgemäße Entrichtung der Umsatzsteuer zu legen.
- Aktive Akquisition privater Zuwendungen für öffentliche Zwecke in Form von Sponsoring, Spenden, mäzenatischen Schenkungen und Werbung, an der sich Behörden, Eigenbetriebe und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Bremerhaven beteiligen

sollen (Verwaltungssponsoring). Die Unabhängigkeit staatlichen Handelns darf durch das Verwaltungssponsoring aber nicht in Frage gestellt werden.

- Die bürgerschaftliche Engagement in Bremerhaven ist zu stärken. Die Menschen müssen für die ehrenamtliche Wahrnehmung gemeinnütziger Aufgaben mobilisiert werden, damit sich der Staat ganz oder teilweise aus bestimmten Bereichen zurückziehen kann, was auch zur Senkung der öffentlichen Ausgaben beiträgt.
- Abschaffung der Hundesteuer. Das Aufkommen aus dieser Steuer, die in der Praxis nur von wenigen Hundebesitzern entrichtet wird, ist gering, während ihre Erhebung einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht.
- Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträge, um Hausbesitzer und Mieter zu entlasten.
- Das Personal in den Bürgerbüros Nord und Mitte ist aufstocken, um eine zeitnahe Bearbeitung von Anträgen zu gewährleisten und die Wartezeiten für Besucher auf ein vertretbares Maß zu reduzieren.
- Die anstehende Neuregelung der Grundsteuer durch den Bundesgesetzgeber darf nicht zu einer Mehrbelastung von Immobilieneigentümern und Mietern in Bremerhaven führen. Die Stadt muss deshalb den Gewerbesteuerhebesatz reduzieren, damit die Reform aufkommensneutral bleibt. Mittelfristig ist die Grundsteuer zu senken, um die Einwohnerzahl zu erhöhen und Bremerhaven für Gewerbeansiedlungen attraktiver zu machen.

5. Innere Sicherheit

Mit knapp 13.000 Straftaten im Jahr gehört Bremerhaven nach wie vor zu den gefährlichsten Großstädten in Deutschland. Nur etwas mehr als die Hälfte der begangenen Delikte wird aufgeklärt. Vor allem Alltags- und Gewaltverbrechen lösen in der Bevölkerung erhebliche Besorgnis aus.

Für BÜRGER IN WUT ist Sicherheit ein Grundrecht, das der Staat zu gewährleisten hat, damit die Bürger ihre Freiheitsrechte wahrnehmen können. Wir machen uns deshalb für den Kampf gegen Kriminalität stark. Unser Motto lautet: Null Toleranz für Rechtsbrecher! Auch bei kleineren Gesetzesverstößen muss der Staat konsequent einschreiten und die Täter rasch zur Verantwortung ziehen, damit kriminelle Karrieren erst gar nicht entstehen. Wir wollen Bremerhaven sicher machen – im Interesse aller Menschen, die rechtstreu in unserer Stadt leben!

Wir fordern deshalb:

- Der Stellenabbau bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven ist zu beenden. Stattdessen muss der Personalbestand auf 550 Polizisten aufgestockt werden. Zusätzlich sind auf den Revieren Hilfskräfte einzusetzen, um die Beamten von administrativen Aufgaben wie Schreibearbeiten zu entlasten. Wir wollen mehr Polizisten auf der Straße zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung!

- ➔ Mobile Polizeiwachen, die rasch und flexibel in Wohnquartieren mit zeitweise erhöhter Kriminalitätsbelastung eingesetzt werden können.
- ➔ Freiwillige Sicherheitswacht aus dafür geeigneten, zuverlässigen Bürgern. Die Sicherheitswacht soll die Polizei bei einfachen hoheitlichen Aufgaben unterstützen, z. B. im Objektschutz, bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen, als Begleitung im ÖPNV und als Ansprechpartner der Bevölkerung vor Ort. Bürgerstreifen erhöhen die Präsenz des Staates in der Öffentlichkeit und tragen so zur Vermeidung von Straftaten durch Abschreckung bei.
- ➔ Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten wie die Rickmersstraße, den Hauptbahnhof, die Alte/Neue Bürger sowie die Hafensstraße, um die Verbrechensprävention zu stärken und die Aufklärung von Straftaten zu erleichtern.
- ➔ Konsequente Bekämpfung der Jugendkriminalität:
 - Sanktionen des Rechtsstaats gegen Minderjährige und Heranwachsende, die Straftaten begehen, müssen frühzeitig und spürbar einsetzen, um die Fortsetzung der begonnenen kriminellen Karriere zu unterbinden.
 - Geschlossenes Heim für jugendliche Intensivtäter im Land Bremen, um auf diese Delinquenten pädagogisch einzuwirken.
 - Einsatz des Jugendarrests (Warnschussarrest) als Sanktionsform ergänzend zu einer Bewährungsstrafe, insbesondere bei uneinsichtigen Wiederholungstätern.
 - Keine erlebnispädagogischen Reisen für schwerkriminelle Jugendliche.
- ➔ Rasche Abschiebung ausländischer Schwerverbrecher und Mehrfachtäter in ihre Heimatstaaten, die spätestens nach dem Ende ihrer Haftzeit erfolgen muss. Soweit rechtlich möglich, sollen abgeurteilte Täter ihre Deutschland verhängte Freiheitsstrafe ganz oder teilweise im Herkunftsland verbüßen. Eine Wiedereinreise dieser Personen nach Deutschland ist auf Lebenszeit zu untersagen.
- ➔ Bekämpfung der Drogenkriminalität:
 - Offene Rauschgiftszenen und Dealertreffpunkte dürfen nicht geduldet werden.
 - Keine Toleranz gegenüber den „weichen Drogen“ Haschisch und Marihuana. Der Schwellenwert für den straffreien Besitz von Cannabis im Land Bremen ist von heute 15 g auf maximal 2,5 g zu senken.
 - Drogenabstinenz als politische Leitlinie: Keine staatliche Abgabe von Heroin an Süchtige. Bestehende Methadonprogramme sind schrittweise zurückzufahren und schließlich einzustellen.
- ➔ Intensive Zusammenarbeit zwischen dem Bremer Landesamt für Verfassungsschutz und der Polizei, um die organisierte Kriminalität effektiv zu bekämpfen, die im Land Bremen aufgrund der starken Präsenz ethnischer Clans besonders ausgeprägt ist.
- ➔ Einsatz der elektronischen Fußfessel als Sanktionsinstrument bei Wirtschaftsstraftätern zur Vermeidung von Untersuchungshaft, zur verbesserten Kontrolle

in der Bewährungsaufsicht und als Alternative zum Freiheitsentzug bei Geldstrafen. Außerdem ist dieses Instrument auch im Land Bremen zu nutzen, um islamistische Gefährder und rückfallgefährdete Sexualstraftäter zu überwachen.

- ➔ Polizeifremde Aufgaben (z.B. Absicherung von Schwertransporten, Verkehrserziehung) sind grundsätzlich an private Dienstleister bzw. ehrenamtliche Helfer (z.B. Sicherheitswacht) zu übertragen.
- ➔ Die Kosten für das Tätigwerden der Polizei sind auf die Verursacher abzuwälzen. Das gilt z.B. für Polizeieinsätze zur Sicherung kommerzieller Großveranstaltungen oder zur Auflösung verbotener Demonstrationen. Straftätern sind die Kosten der polizeilichen Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit in Rechnung zu stellen.
- ➔ Einrichtungen für soziale Problemgruppen dürfen nicht in bestimmten Stadtteilen wie z.B. Leherheide konzentriert werden, um eine unverhältnismäßige Belastung der dortigen Anwohner und eine Störung des öffentlichen Friedens zu vermeiden.

6. Bildungspolitik

Bremen steckt schon seit Jahren in der Bildungskrise. Das belegen die Ergebnisse diverser Schulleistungsvergleiche, bei denen unser Bundesland regelmäßig den letzten Platz belegt. Dafür verantwortlich ist nicht die mangelnde Intelligenz oder Motivation der Schüler, sondern die verfehlte Bildungspolitik der SPD-geführten Landesregierungen, die auf das Konzept der Einheitsschule setzt. Die gemeinsame Beschulung aller Kinder unabhängig von individueller Begabung und Leistungsfähigkeit sowie die verfehlte Inklusion wirken sich nachteilig auf die Bildungsqualität aus und verschlechtern so die Zukunftsaussichten der jungen Generation auch in Bremerhaven.

Als einzige im Landtag vertretene politische Kraft lehnen wir BÜRGER IN WUT die ideologisierte Bildungspolitik des Senats, die auch von den bürgerlichen Oppositionsparteien CDU und FDP weitestgehend mitgetragen wird, klar ab. Wir fordern ein Ende der schädlichen linken Bildungspolitik in Bremen und wollen die Rückkehr zum bewährten gegliederten Schulsystem mit Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Förderschule. Innerhalb dieser Struktur müssen Begabung und Leistung alleinige Kriterien für den individuellen Bildungsaufstieg sein. Durch gezielte Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung ist dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind bei seiner Einschulung dieselben Voraussetzungen mitbringt. Vor allem müssen ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden sein, damit gewährleistet ist, dass der Einzelne dem Unterricht folgen kann.

Startchancengleichheit statt Gleichmacherei und Leistungsdiskriminierung ist unsere Leitlinie für ein gerechtes Bildungssystem im Land Bremen!

Wir fordern deshalb:

- ➔ Startchancengleichheit im Bildungswesen:
 - Kindergartenpflicht für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr, die Entwicklungs- und Sprachdefizite aufweisen. Ob solche Defizite vorhanden sind, ist im Rahmen eines kindgerechten standardisierten Tests festzustellen.

- Flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen mit Förderunterricht und Hausaufgabenbetreuung für leistungsschwache Kinder.
- Gezielte Sprachförderung für Kinder aus Zuwandererfamilien.
- Gegliedertes Schulsystem mit den Zweigen Hauptschule, Realschule und Gymnasium, ergänzt um Förderschulen. Die inklusive Beschulung von Kindern mit Defiziten und Störungen im Bereich Lernen, Sprache oder Verhalten (LSV) im Regelunterricht lehnen wir ab. Kinder mit Behinderungen sollen vorzugsweise an Förderschulen unterrichtet werden, damit sie ihre Potentiale gestützt auf die dort konzentriert vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen voll zur Entfaltung bringen können.
- Ehrenamtliches Netzwerk für Lern- und Lesepatenschaften in Bremerhaven, um leistungsschwache Schüler zu fördern. Jeder Pate betreut ein bis zwei Kinder, die er bei ihrer schulischen Entwicklung unterstützt, indem er sie z.B. bei den Hausaufgaben, beim Lernen oder der Nachbereitung des Unterrichtsstoffes begleitet. Bei Schülern mit Migrationshintergrund unterstützen die Paten zusätzlich den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse. Außerdem sollen sie die Eltern in Bildungsfragen beraten und als Bindeglied zur Schule fungieren (Elternlotsen).
- Die Schulpflicht in Bremerhaven muss durchgesetzt werden. Schulabstinenz darf von den Behörden nicht toleriert werden, auch weil die Weigerung, am Unterricht teilzunehmen, oftmals Ausgangspunkt für späteres delinquentes Verhalten der Betroffenen ist. Höhere Ordnungsgelder für Eltern schulschwänzender Kinder, die ihre Erziehungspflicht vernachlässigen. In schweren Fällen ist das Sorgerecht vom Jugendamt zu entziehen.
- Einheitliche Schulkleidung in Bremerhaven, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und die Ausgrenzung sozial schwacher Schüler, die sich keine teure Markenkleidung leisten können, zu vermeiden.
- Die Lehrmittelfreiheit muss erhalten bleiben. Für alle Kinder ist an Ganztagschulen, Kindergärten und Krippen ein kostenfreies Mittagessen anzubieten.
- Mehr Sicherheit für Schüler und Lehrer. Gewalt und Mobbing dürfen an unseren Schulen keinen Platz haben. Um Vorfälle dieser Art lückenlos zu erfassen, ist eine Meldepflicht einzuführen. Zum Schutz der Opfer sind die Täter konsequent von der Schule zu verweisen und an Förderschulen für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche unterzubringen, wo sie intensivpädagogisch betreut werden müssen. Wir befürworten stichprobenartige Eingangskontrollen an den Schulen, um das Einschleusen von Waffen und anderen gefährlichen Gegenstände zu verhindern.
- Keine Gebühren für das Erststudium an den Hochschulen des Landes Bremen. Statt dessen sollen an allen Fakultäten Aufnahmeprüfungen geben, um die individuelle Eignung für das gewählte Studienfach zu überprüfen und die hohe Studienabbrecherquote zu senken.
- Unentgeltliche Nutzung der städtischen Bibliotheken für alle Einwohner Bremerhavens.

- Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bremerhaven. Erweiterung des Studienangebotes der Hochschule, um mehr Studierende und damit potentielle Fachkräfte der Zukunft in die Seestadt zu locken..

7. Familienpolitik

Die Familienförderung muss auch in Bremerhaven eine der zentralen Zukunftsaufgaben sein. Diese Notwendigkeit ergibt sich bereits aus der demographischen Entwicklung und dem daraus resultierenden Bevölkerungsrückgang, mit dem sich die Seestadt bereits seit Jahrzehnten konfrontiert sieht und der mittelfristig ihren Status als Großstadt gefährdet.

Die BIW machen sich für eine familienfreundliche Politik in Bremerhaven stark, die ihren Fokus vor allem auf das Wohl von Kindern und Jugendlichen legen muss.

Wir fordern deshalb:

- Die Kindertagesstätten sind personell besser auszustatten, um die Betreuungsdichte zu erhöhen. Den hauptamtlichen Erziehern sind pädagogisch geschulte Hilfskräfte zur Seite zu stellen, um dem Personalmangel entgegenwirken. Verlängerte Öffnungszeiten ausgewählter Kindergärten in den Ferienzeiten, um berufstätige Eltern zu entlasten.
- Ausbau ehrenamtlicher Nachbarschaftsprojekte für die häusliche Kinderbetreuung.
- Finanzielle Absicherung der Jugendfreizeitheimen in Bremerhaven. In Ergänzung zu den vorhandenen öffentlichen Mitteln sollen für diesen Zweck verstärkt private Spenden akquiriert werden.
- Wirksamer Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung durch ihre Erziehungsberechtigten. Richtschnur des Handelns der Behörden muss dabei stets das Kindeswohl sein:
 - Regelmäßige verbindliche Vorsorgeuntersuchungen im Säuglings- und Kindesalter, um mögliche Gewalteinwirkungen frühzeitig zu erkennen und darauf reagieren zu können.
 - Kinder alkohol- und drogenabhängiger Eltern sind zu ihrem Schutz in Heimen oder Pflegefamilien unterzubringen.
 - Mehr Rechte für die Fallbearbeiter des Jugendamtes, um bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung rasch einschreiten zu können.
- Aktive Seniorenpolitik: Die Zahl älterer Menschen wird infolge des demographischen Wandels in den nächsten Jahrzehnte auch in Bremerhaven deutlich zunehmen. Dieser Entwicklung muss die Politik durch vorausschauendes Handeln Rechnung tragen:
 - Ausreichendes und bezahlbares Angebot an Alten- und Pflegeheimen, Seniorenwohnungen und anderen Wohnformen mit adäquaten Betreuungs- und Serviceangeboten für diese Personengruppe.

- Regelmäßige und unangemeldete Kontrollen von Alten- und Pflegeeinrichtungen durch die zuständige Wohn- und Betreuungsaufsicht um zu gewährleisten, dass die gesetzlich vorgegebenen Qualitäts- und Hygienestandards eingehalten und Bedürfnisse der Bewohner berücksichtigt werden.
 - Älteren Menschen muss die Möglichkeit eröffnet werden, auch nach der Erwerbs- und Familienphase aktiv zu bleiben. Das ehrenamtliche Engagement von Senioren im Interesse des Gemeinwohls ist zu fördern.
- Aufhebung des Weser-Badeverbotes in Bremerhaven.
- Spielplätze und andere öffentliche Freilufteinrichtungen, die von Kindern und Jugendlichen genutzt werden, sind regelmäßig zu säubern und instandzuhalten, dort aufgestellte Spiel- und Sportgeräte zu warten.

8. Umwelt- und Tierschutz

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz von Flora und Fauna haben für BÜRGER IN WUT einen hohen politischen Stellenwert. Die Bewahrung der Umwelt ist eine globale Aufgabe, die in der Praxis auf dezentraler Ebene und damit in den Kommunen beginnen muss.

Wir fordern deshalb:

- Der Grundwasserspiegel in Wulsdorf ist nachhaltig zu senken um zu verhindern, dass Häuser, Infrastruktur und Naturlandschaft weiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Für Schäden, die bislang an privatem Eigentum entstanden sind, haben die Stadt bzw. der Versorger SWB vollumfänglich zu haften.
- Die Mülldeponie Grauer Wall darf weder ausgebaut noch aufgefüllt werden. Ihr Betrieb muss im Einklang mit den umweltgesetzlichen Bestimmungen erfolgen, was von den Behörden streng zu kontrollieren ist. Die Deponie darf nicht Ziel für die Entsorgung überörtlicher Abfälle insbesondere aus dem Auslands sein (kein Mülltourismus).
- Die Tötung von Hunden und Hauskatzen durch Jäger im Rahmen des Jagdschutzes muss verboten werden! Art. 27 Abs. 2 Bremisches Landesjagdgesetz ist deshalb zu streichen.
- Auf Landesebene ist die Position eines ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten zu schaffen, dem umfassende Kontroll-, Interventions- und Initiativrechte im Interesse des Tierwohls einzuräumen sind.
- Keine Tierversuche im Land Bremen! Wir setzen uns insbesondere für ein Verbot der neurologischen Experimente mit Affen an der Universität Bremen ein. Statt dessen sind tierversuchsfreie Forschungsverfahren zu fördern.

- Der Transport von Tieren z.B. auf der A 27 sowie das Be- und Entladen auf Schlachthöfen ist strenger zu kontrollieren, um die Einhaltung der veterinärrechtlichen Bestimmungen zu gewährleisten und so ein unnötiges Leiden der Schachttiere zu verhindern.
- Mehr Hundenausläufflächen in Bremerhaven. Die Ausweitung des Leinenzwangs im Stadtgebiet ist vollständig zurückzunehmen.
- Ausreichende finanzielle Unterstützung des Tierheims Bremerhaven durch die Stadt, damit die Einrichtung ihren wachsenden Anforderungen gerecht werden kann.
- Die 2011 im Land Bremen eingeführte Kastrationspflicht für freilaufende Katzen muss konsequent durchgesetzt werden, um eine unkontrollierte Vermehrung der Tiere zu verhindern und die Zahl verwilderter Hauskatzen zu senken. Wir befürworten die Bereitstellung öffentlicher Mittel, um auch sozial schwachen Tierhaltern die Kastration ihrer Katzen finanziell zu ermöglichen.
- Die Stadtaubenpopulation ist durch das Aufstellen von betreuten Taubenschlägen am Stadtrand tierschutzgerecht zu regulieren. Das Fütterungsverbot für Tauben in der Innenstadt ist streng zu kontrollieren.
- Schärfere Kontrollen von in Bremerhaven gastierenden Zirkus- und Schaustellerbetrieben um sicherzustellen, dass die tierschutzrechtlichen Vorschriften eingehalten werden.

9. Verkehrspolitik

Wir BÜRGER IN WUT wollen ein modernes Verkehrskonzept für Bremerhaven, das den Wunsch der Menschen nach Mobilität mit den Erfordernissen der Wirtschaft und dem Schutz der Umwelt zu einem vernünftigen Ausgleich bringt. Wir wenden uns gegen den Versuch, den motorisierten Individualverkehr zum Sündenbock zu stempeln und Autofahrer mit immer neuen Beschränkungen zu drangsalieren. Bei der Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten sind auch die berechtigten Interessen der davon betroffenen Anwohner ausreichend zu berücksichtigen.

Wir fordern deshalb:

- Der Straßenzustand in Bremerhaven muss durch Instandsetzungsmaßnahmen nachhaltig verbessert werden. Bloße Reparaturen wie das Auffüllen von Schlaglöchern sind dazu nicht ausreichend. Im Interesse des Lärmschutzes der Anwohner und zur Förderung des Radverkehrs sind Kopfsteinpflaster durch Asphaltbelag zu ersetzen.
- Die Politik muss alles tun, um weitere Kostensteigerungen beim Bau des Hafentunnels zu vermeiden. Die Ausgaben für den Unterhalt der Verkehrsanbindung sind von der Stadt Bremen als Eigentümer des Überseehafens zu tragen.

- Bedarfsgerechter Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in Bremerhaven. Die Fahrpreise sind so zu gestalten, dass regelmäßige Nutzer begünstigt werden, um den dauerhaften Umstieg vom motorisierten Individualverkehr aus den Bus zu fördern.
- Ampelkreuzungen müssen wenn immer möglich durch Kreisverkehre ersetzt werden. Wo Ampeln erforderlich sind, ist vermehrt der „Grüne Pfeil“ für Rechtabbieger zum Einsatz zu bringen.
- „Grüne Welle“ auch unter Einbeziehung der Fußgängerampeln auf allen Hauptstraßen, um den Verkehrsfluss zu verstetigen, Staus zu verhindern und die Abgasemissionen zu senken.
- Das Radwegenetz soll modernisiert und ausgebaut werden. Radfahrer brauchen im Interesse ihrer Sicherheit eine eigene Fahrspur auf der Straße.
- Maßnahmen der Verkehrsüberwachung wie Geschwindigkeitskontrollen haben ausschließlich der Verkehrssicherheit zu dienen. Sie dürfen nicht als zusätzliche Einnahmequelle für die Kommunen missbraucht werden.
- Tempo 30 vor allen Schulen und Kindergärten. Im Bedarfsfall sind Zebrastreifen oder Fußgängerampeln zu installieren, um Kindern das gefahrlose Überqueren der Straße zu ermöglichen.
- Die Zahl der Parkplätze am Bahnhof Lehe ist zu erhöhen, damit mehr Autofahrern am Park and Ride teilnehmen können.
- Kein Rückbau der Columbusstraße zu einer einspurigen Straßenführung.
- Zusätzliches Parkhaus im Einzugsbereich der Havenwelten, um die Pkw-Stellkapazitäten dem wachsenden Besucheraufkommen anzupassen.

+ + +

Stand: 08.02.2019